

ANDREAS BAREISS

Pflichtenkollisionen  
im transnationalen  
Beweisverkehr

*Max-Planck-Institut  
für ausländisches und internationales  
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen  
und internationalen Privatrecht*

298

---

**Mohr Siebeck**

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

298

Herausgegeben vom

Max-Planck-Institut für ausländisches  
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Jürgen Basedow, Holger Fleischer und Reinhard Zimmermann





Andreas Bareiß

# Pflichtenkollisionen im transnationalen Beweisverkehr

Offenbarungspflichten im Zivilprozessrecht  
der USA und Offenbarungsverbote nach deutschem  
und europäischem Recht

Mohr Siebeck

*Andreas Bareiß*, geboren 1980; Doppelstudium des deutschen und französischen Rechts an der Humboldt-Universität zu Berlin und der Université de Paris II (Panthéon-Assas); Studium Filmproduktion in Ludwigsburg, Paris und London; derzeit als Rechtsanwalt in der medienrechtlichen Abteilung einer Rechtsanwaltskanzlei tätig.

Gedruckt mit Unterstützung der Mathews-Stiftung im Förderfonds des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft.

Von der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin im Wintersemester 2012/2013 als Dissertation angenommen.

e-ISBN PDF 978-3-16-152864-4

ISBN 978-3-16-152817-0

ISSN 0720-1141 (Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2014 Mohr Siebeck Tübingen. [www.mohr.de](http://www.mohr.de)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Nädele in Nehren gebunden.

*Meinen Eltern*



„We do not seek to force any defendant to violate foreign law.  
But we do seek to make each defendant feel the full measure  
of each sovereign’s conflicting commands [...].“

In re Uranium Antitrust Litigation,  
480 F. Supp. 1138, 1156  
(N.D. Illinois, November 7, 1979)



## Vorwort

Der Anlass, mich mit dem Dilemma zwischen Offenbarungspflichten im Zivilprozessrecht der USA und Offenbarungsverboten nach deutschem und europäischem Recht zu befassen, war ein anwaltliches Mandat, in dem ich ein in den USA verklagtes deutsches Unternehmen beraten habe. Ausgehend von den Fragen, die sich damals stellten, habe ich in der vorliegenden Arbeit mögliche Lösungsansätze untersucht. Sie versteht sich insoweit auch und gerade als Handreichung für die Rechtspraxis.

Die Arbeit wurde im Wintersemester 2012/2013 von der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin als Dissertation angenommen und berücksichtigt Literatur und Rechtsprechung bis März 2013.

Ich danke Frau Prof. Dr. Katharina de la Durantaye für ihre sehr engagierte Betreuung der Arbeit und Herrn Prof. Dr. Christoph Paulus für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens. Der Mathews-Stiftung danke ich für die Unterstützung dieser Publikation durch Gewährung einer Druckbeihilfe.

Mein besonderer Dank gilt meinen Eltern. Ihr Rückhalt und Zuspruch haben mich stets getragen. Ihnen widme ich diese Arbeit.

Berlin im September 2013

Andreas Bareiß



# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis .....	XV
A. Einleitung .....	1
I. Problemaufriss.....	1
II. Untersuchungsgegenstand .....	3
III. Forschungsstand und Problementwicklung.....	7
IV. Vorgehensweise.....	13
B. Das Dilemma zwischen Offenbarungspflichten nach US-amerikanischem Zivilprozessrecht und Offenbarungsverboten nach deutschem und europäischem Recht.....	14
I. Inhalt, Umfang und Durchsetzung von Offenbarungspflichten in US-amerikanischen Zivilgerichtsverfahren mit Auslandsbezug .....	14
1. Überblick über das Verfahren der <i>pre-trial discovery</i> .....	14
2. Umfang der <i>pre-trial discovery</i> .....	16
a) Die Pflicht zur Offenbarung streitrelevanter Informationen .....	17
b) Exkurs: Die Offenbarungspflicht nach den <i>ALI/UNIDROIT Principles of Transnational Civil Procedure</i> (2004) .....	20
c) Die Pflicht zur Offenbarung nicht-privilegierter Informationen.....	21
(1) Schutz besonderer Vertrauensverhältnisse .....	23
(2) Schutz der adversatorischen Beweisbeschaffung .....	24
d) Schutz vor unverhältnismäßiger Belastung im Einzelfall .....	25
3. Die Methoden der <i>pre-trial discovery</i> .....	27
a) Schriftliche Fragen und Antworten ( <i>interrogatories</i> ) .....	27
b) Austausch von Urkunden, elektronischen Datensätzen und Augenscheinsobjekten ( <i>production of documents, electronically stored information and things</i> ).....	28
c) Vernehmungen ( <i>depositions</i> ).....	31
d) Sonstige Methoden der <i>pre-trial discovery</i> .....	33
4. Die Rolle des Gerichts.....	33

5. Die Rechtsfolgen von Verstößen gegen die Offenbarungspflicht.....	34
6. Durchsetzung der Offenbarungspflicht bei extraterritorialer Beweisbeschaffung.....	35
a) Beweisaufnahme im Ausland .....	36
b) Beweisbeschaffung aus dem Ausland .....	37
(1) Darstellung der <i>Aérospatiale</i> -Entscheidung und ihrer Folgen.....	37
(2) Kritische Würdigung der <i>Aérospatiale</i> -Entscheidung .....	41
II. Offenbarungsverbote nach deutschem und europäischem Recht ...	46
1. Offenbarungsverbote nach allgemeinem Datenschutzrecht .....	47
a) Bedeutung des Datenschutzes in Europa .....	47
(1) Datenschutz in der Bundesrepublik Deutschland.....	47
(2) Datenschutz in der Europäischen Union .....	49
b) Arbeitsunterlage 1/2009 der Artikel-29-Datenschutzgruppe .....	51
c) Anwendbarkeit des BDSG auf Maßnahmen der <i>discovery</i> .....	52
(1) Örtlicher Anwendungsbereich des BDSG .....	52
(2) Sachlicher Anwendungsbereich des BDSG .....	53
d) Zulässigkeit der Datenverarbeitung.....	55
(1) Einwilligung der Betroffenen, §§ 4 Abs. 1, 4a BDSG/ Art. 7 a) DSRL.....	55
(2) Rechtliche Verpflichtung, § 4 Abs. 1 BDSG/Art. 7 c) DSRL .....	57
(3) Wahrung berechtigter Interessen, § 28 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 Nr. 2 a BDSG/Art. 7 f DSRL .....	58
e) Zulässigkeit der Datenübermittlung in die USA.....	61
(1) Grundsätzliches Übermittlungsverbot, § 4b BDSG/ Art. 25 DSRL .....	61
(2) Ausnahmen vom Übermittlungsverbot gem. § 4c BDSG/ Art. 26 DSRL .....	65
f) Sanktionen bei Nichtbeachtung datenschutzrechtlicher Bestimmungen .....	71
(1) Bußgeld- und Strafvorschriften .....	72
(2) Schadensersatz.....	73
g) Anhang: Einwilligungserklärung (Datengeheimnis).....	74
2. Offenbarungsverbote aufgrund des Fernmeldegeheimnisses.....	75
a) Europarechtliche und grundgesetzliche Grundlagen des Fernmeldegeheimnisses .....	77
b) Bedeutung des Fernmeldegeheimnisses für Maßnahmen der <i>pre-trial discovery</i> .....	78
(1) Schutzbereich des Fernmeldegeheimnisses .....	78
(2) Verhaltenspflichten .....	88
c) Sanktionen bei Nichtbeachtung des Fernmeldegeheimnisses .....	90
d) Anhang: Einwilligungserklärung (Fernmeldegeheimnis) .....	92
3. Offenbarungsverbote aufgrund des Bankgeheimnisses .....	92
a) Verfassungs- und zivilrechtliche Grundlagen des Bankgeheimnisses.....	93
b) Gegenstand und Funktion des Bankgeheimnisses.....	95

c) Grenzen des Bankgeheimnisses .....	96
(1) Einwilligung des Kunden .....	97
(2) Gesetzliche Bestimmung .....	98
(3) Überwiegendes Eigeninteresse des Kreditinstituts .....	101
d) Rechtsfolgen bei Nichtbeachtung des Bankgeheimnisses .....	102
(1) Zivilrechtliche Rechtsfolgen .....	102
(2) Ordnungswidrigkeits- und strafrechtliche Rechtsfolgen .....	103
e) Anhang: Einwilligungserklärung (Bankgeheimnis).....	104

## C. Schutzmaßnahmen zugunsten betroffener

Rechtssubjekte .....	106
I. Präventive Maßnahmen .....	106
1. Anpassung transatlantischer Konzernstrukturen .....	106
a) Zwecks Vermeidung der Klagezustellung .....	107
b) Zwecks Vermeidung der Gerichtspflichtigkeit in den USA .....	108
c) Zwecks Begrenzung der personellen Reichweite der <i>pre-trial discovery</i> .....	110
2. Sicherung datenschutzrechtlicher Mindeststandards in den USA .....	111
a) Verbindliche Unternehmensregeln ( <i>Binding Corporate Rules</i> ) .....	112
b) EU-Standardvertragsklauseln .....	113
c) Das <i>Safe-Harbor-Modell</i> .....	114
3. Vertragsgestaltung mit Kunden und Geschäftspartnern .....	114
a) Vermeidung der US-amerikanischen Jurisdiktion.....	114
(1) Gerichtsstandsklausel .....	115
(2) Schiedsgerichtsklausel .....	117
b) Allgemeine Geschäftsbedingungen von Kreditinstituten .....	119
4. Überarbeitung der unternehmensinternen IT-Policy .....	119
a) Mitarbeitersensibilisierung und Datenvermeidung.....	120
b) Automatische Datenvernichtung .....	120
c) Verbot der privaten E-Mail-Nutzung.....	121
d) Implementierung einer <i>e-discovery</i> -Richtlinie .....	121
II. Reaktive Maßnahmen .....	123
1. Reaktiv-kooperative Maßnahmen .....	123
2. Reaktiv-konfrontative Maßnahmen.....	124
a) Maßnahmen in den USA: Widerspruch gegen das Offenbarungs- verlangen und Antrag auf Erlass einer gerichtlichen Schutz- verfügung ( <i>protective order</i> ) .....	125
(1) Darlegung eines Rechtsverstoßes im Heimatland .....	126
(2) Interessenabwägung des Gerichts .....	128
(3) Einzelfälle.....	133
(4) <i>Sedona Conference International Principles on Discovery,</i> <i>Disclosure and Data Protection</i> .....	138
b) Maßnahmen in Europa .....	140

(1) Vor Erlass eines Urteils in den USA: Verhinderung der Ausführung von Rechtshilfeersuchen .....	141
(2) Nach Erlass eines Urteils in den USA: Verhinderung der Urteilsanerkennung und Vollstreckbarerklärung .....	154
<b>D. Ansätze zur Lösung des grundlegenden Dilemmas.....</b>	<b>164</b>
I. Teilweise Rücknahme des deutschen Vorbehalts nach Art. 23 HBÜ.....	167
II. Orientierung an den <i>Sedona Principles</i> und Verwendung der Standardschutzverfügung .....	171
III. Überarbeitung und Ergänzung des Haager Beweis- übereinkommens .....	171
1. Generelle Restriktion der internationalen Rechtshilfe auf unmittelbar beweisrelevante Informationen .....	173
2. Vereinbarung datenschutzrechtlicher Mindeststandards .....	175
3. Einführung einer verbindlichen Interessenabwägung für Verstöße gegen ausländische Verbotsgesetze.....	175
<b>E. Zusammenfassung.....</b>	<b>177</b>
Rechtsprechungsverzeichnis.....	181
Rechtstexte- und Dokumentenverzeichnis .....	187
Literaturverzeichnis.....	195
Stichwortverzeichnis .....	207

## Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
A.2d	Atlantic Reporter
ABl. EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft
ABl. EU	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
a.F.	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft/Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift)/Amtsgericht
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
ALI	American Law Institute
Alt.	Alternative
a.M.	am Main
Am.U.J.Int'l & Pol'y	American University Journal of International Law and Policy
Anm.	Anmerkung
AO	Abgabenordnung
Art.	Artikel
AWV	Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftliche Verwaltung e.V.
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BAG	Bundesarbeitsgericht
BB	Betriebs-Berater
BCR	Binding Corporate Rules
BDI	Bund der Deutschen Industrie
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
BeckOK	Beck Online-Kommentar
Begr.	Begründer
BetriebsVG	Betriebsverfassungsgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
Blvd.	Boulevard
Boston Univ. L.J.	Boston University Law Journal
BPatG	Bundespatentgericht
B.R.	Bankruptcy
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
C.A.B.	Civil Aeronautics Board
Cal.	California

Cal. 3d	California Reports
C.D.Cal.	Central District Court of California
Cir.	Circuit
CNIL	Commission Nationale de l'Informatique et des Libertés
Co.	Company
Conn.	Connecticut
COPPA	Children's Online Privacy Protection Act
Corp.	Corporation
CR	Computer & Recht
Ct. App.	Court of Appeals
D.	District
DAJV-NL	Deutsch-Amerikanische Juristenvereinigung Newsletter
DB	Der Betrieb
D.C.	District of Columbia
D.D.C.	District Court (District of Columbia)
ders.	derselbe
d.h.	das heißt
dies.	dieselbe
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DSGVO	Datenschutzgrundverordnung
DSRL	Datenschutzrichtlinie
DuD	Datenschutz und Datensicherheit
Duke J.Comp.&Int'L.	Duke Journal of Comparative and International Law
D.Utah	District Court for the District Utah
E.D.	Eastern District
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EG	Europäische Gemeinschaft
EGGVG	Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
Einl.	Einleitung
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
ESI	Electronically stored information
et ux.	et uxor
EU	Europäische Union
EuGVVO	Europäische Verordnung über gerichtliche Zuständigkeit, Anerkennung und Vollstreckung in Zivil- und Handelssachen
EUR	Euro
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
e.V. / eV	eingetragener Verein
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
f./ff.	folgende
FAA	Federal Arbitration Act
FAQ	Frequently Asked Questions
Feb.	Februar/February
Fn.	Fußnote
Fordham L.Rev.	Fordham Law Review
FRCP	Federal Rules of Civil Procedure
FRD.	Federal Rules Decisions
FRE	Federal Rules of Evidence
FPR	Familie Partnerschaftsrecht
FS	Festschrift

F. Supp.	Federal Supplement
FTC	Federal Trade Commission
gem.	gemäß
GeschmG	Geschmacksmustergesetz
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GRUR Int.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht International
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GV. NRW.	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen
GVÜ	Abkommen über gerichtliche Zuständigkeit und Vollstreckung
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht
HaagÜbkAG	Gesetz zur Ausführung der Haager Übereinkommen
HBÜ	Haager Beweisübereinkommen
HGB	Handelsgesetzbuch
HIPAA	Health Insurance Portability and Accountability Act
h.M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
Hous.J.Int.L	Houston Journal of International Law
Hs.	Halbsatz
HZÜ	Haager Zustellungsübereinkommen
IASSIST	International Association for Social Science, Information Services & Technology Quarterly
I.C.L.Q.	International and Comparative Law Quarterly
i.d.R.	in der Regel
ILM	International Legal Materials
Int'l L.	International Law
IPrax	Praxis des internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IPRspr	Die deutsche Rechtsprechung auf dem Gebiete des Internationalen Privatrechts
Inc.	Incorporated
Ins.	Insurance
IT	Informationstechnologie
i.V.m.	in Verbindung mit
jurisPR-ArbR	juris Praxisreport Arbeitsrecht
jurisPR-ITR	juris Praxisreport IT-Recht
JZ	JuristenZeitung
KG	Kammergericht
K&R	Kommunikation und Recht
KWG	Kreditwesengesetz
LAG	Landesarbeitsgericht
LG	Landgericht
LLC	Limited Liability Company
LLP	Limited Liability Partnership
Ltd.	Limited
lit.	litera
Mass.	Massachusetts
Md.	Maryland
M.D. Fla.	Middle District of Florida

MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
Mfg.	Manufacturing
Mich. Telecom.Tech.L.Rev.	Michigan Telecommunication and Technology Law Review
Minn.	Minnesota
Mio.	Millionen
MMR	MultiMedia und Recht
N.C.	North Carolina
N.D.	Northern District
N.J.	New Jersey
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift – Rechtsprechungs-Report
n°	numéro
n.F.	neue Fassung
Nov.	November
Nr.	Nummer
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
N.Y.	New York
NYLJ	New York Law Journal
NYSBA	New York State Bar Association
NYU L.J.	New York University Law Journal
N.Y.U. L.Rev.	New York University Law Review
Nw.J.Tech&Prop	Northwestern Journal of Technology and Intellectual Property
NZI	Neue Zeitschrift für das Recht der Insolvenz und Sanierung
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
o.g.	oben genannt
o.J.	ohne Jahr
OLG	Oberlandesgericht
OLGR	OLGReport
OWiG	Ordnungswidrigkeitengesetz
Pa.	Pennsylvania
Pitt.J. Tech. L. Pol’y	Pittsburgh Journal of Technology Law & Policy
PLC	Public Limited Company
PNR	Passenger Name Records
Publ.L.	Public Law
Prel.Doc.	Preliminary Document
RAM	Radom Access Memory
RDV	Recht der Datenverarbeitung
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
Rn.	Randnummer
S.	Seite
S.A.	Société Anonyme
Sachs DSG	Sächsisches Datenschutzgesetz
San Diego Int’l L.J.	San Diego International Law Journal
SchiedsVZ	Zeitschrift für Schiedsverfahren
S.Ct. Tex.	Supreme Court of Texas
S.D.	Southern District
Sec.	Section
SeeAufgG	Seeaufgabengesetz
Sept.	September

Shidler J.L.Com&Tech	Shidler Journal of Law, Commerce & Technology
SJZ	Schweizerische Juristen-Zeitung
Slg.	Sammlung
SNIA	Société Nationale Industrielle Aérospatiale
sog.	sogenannte/r
Stan. L.Rev.	Stanford Law Review
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
S.W.2d	Southwestern Reporter
Tex.	Texas
Tex. L.Rev.	Texas Law Review
TKG	Telekommunikationsgesetz
TMG	Telemediengesetz
u.a.	und andere/unter anderem
UmweltHG	Umwelthaftungsgesetz
UN	United Nations
Unif. L.Rev.	Uniform Law Review
UrhG	Urheberrechtsgesetz
U.S.	U.S. Supreme Court Reports
U.S.A./USA	United States of America
U.S. Bankr.Ct.	United States Court of Bankruptcy
U.S.C.	United States Code
U.S. Ct.App	United States Court of Appeals
USD	United States Dollar
usw.	und so weiter
v./vs.	versus
v.a.	vor allem
Vanderbild J.Transnat.L.	Vanderbilt Journal of Transnational Law
Verf.	Verfasser
VersR	Zeitschrift für Versicherungsrecht
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
Vol.	Volume
Vor.	Vorbemerkung
VPPA	Video Privacy Protection Act
W.D.	Western District
WL	Westlaw
WM	Wertpapiermitteilungen
WP	Working Paper
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz
Yale L.J.	Yale Law Journal
z.B.	zum Beispiel
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft
ZD	Zeitschrift für Datenschutz
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
z.T.	zum Teil
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess
ZZPInt	Zeitschrift für Zivilprozess International



## A. Einleitung

Ein Dilemma (griechisch: „δίλημμα“ = „Fangschluss“ oder „zweigliedrige Annahme“) bezeichnet eine Zwangslage, in der sich eine Person befindet, die zwischen zwei in gleicher Weise schwierigen oder unangenehmen Optionen wählen soll oder muss.<sup>1</sup> Der Volksmund spricht plastisch von einer „Zwickmühle“. Deutsche, an einer *US pre-trial discovery* beteiligte Unternehmen befinden sich regelmäßig in einem juristischen Dilemma. Die Rechtslage, die dieses Dilemma charakterisiert, ist Gegenstand der vorliegenden Arbeit.

### I. Problemaufriss

*Volkswagenwerk*<sup>2</sup>, *World-wide Volkswagen*<sup>3</sup>, *Lufthansa*<sup>4</sup>, *M/S Bremen*<sup>5</sup>, *Aérospatiale*<sup>6</sup>, *Société Internationale*<sup>7</sup>. Bereits aus den Kurzbezeichnungen zahlreicher US-amerikanischer Urteile, häufig Leitentscheidungen auf dem Gebiet des internationalen Zivilprozessrechts, wird ersichtlich, dass sich deutsche und andere europäische Rechtssubjekte, insbesondere multinational agierende Unternehmen, immer wieder als Beteiligte in US-amerikanischen Zivilgerichtsverfahren wiederfinden – nicht selten als Beklagte.

Der faktische Hintergrund dieses Phänomens ist die unaufhaltsam fortschreitende Globalisierung der Wirtschaft.<sup>8</sup> Im Jahr 2010 betrug der Warenaustausch zwischen den USA und der EU 4,28 Billionen USD.<sup>9</sup> In

---

<sup>1</sup> Brockhaus Enzyklopädie, Band VII, 21. Auflage (2006), 29; Duden – Das Herkunftswörterbuch, 4. Auflage (2006).

<sup>2</sup> *Volkswagenwerk v. Superior Court*, 123 Cal. App.3d 840 (September 23, 1981).

<sup>3</sup> *World-wide Volkswagen Corp. v. Woodson*, 444 U.S. 286 (January 21, 1980).

<sup>4</sup> *C.A.B. v. Deutsche Lufthansa Aktiengesellschaft*, 591 F.2d 951 (U.S. Ct.App. D.C. Cir., January 8, 1979).

<sup>5</sup> *M/S Bremen v. Zapata Off-Shore Company* 407 U.S.1 (June 12, 1972).

<sup>6</sup> *Société Nationale Industrielle Aérospatiale v. U.S. District Court for the S.D. of Iowa*, 482 U.S. 522 (June 15, 1987).

<sup>7</sup> *Société Internationale Pour Participations Industrielles et Commerciales, S.A. v. Rogers*, 357 U.S. 197 (June 16, 1958).

<sup>8</sup> *Brisch/Laue*, E-Discovery und Datenschutz, RDV 2010, 1.

<sup>9</sup> Handelsblatt-Online vom 03.03.2010, Staatshilfe rettet Transatlantik-Handel.

rechtlicher Hinsicht tragen US-amerikanische Gerichte durch eine großzügige Annahme ihrer Kognitionsbefugnis (*personal jurisdiction*) dazu bei, dass transnationale Streitigkeiten häufig nicht in Europa, sondern in den USA ausgetragen werden.<sup>10</sup>

Für einen Kläger hat die Verfahrensdurchführung in den Vereinigten Staaten verschiedene Vorteile. Soweit er seinen Sitz in den USA hat, bleiben ihm die allgemeinen Unannehmlichkeiten einer Prozessführung im Ausland erspart. Aufgrund des Rechtsinstituts des Strafschadensersatzes (*punitive damages*)<sup>11</sup> locken in bestimmten Rechtsbereichen Schadensersatzsummen, die in Europa nicht erreicht werden. Durch die US-amerikanische Kostentragungsregel (*American rule of costs*)<sup>12</sup> und die Möglichkeit erfolgsabhängiger Anwaltshonorare (*contingency fee*)<sup>13</sup> trägt der Kläger ein geringes Kostenrisiko.<sup>14</sup> Schließlich profitiert er von der sogenannten *pre-trial discovery*, einem fast ausschließlich zwischen den Prozessparteien stattfindenden Beweisermittlungsverfahren, das die Parteien zu einer sehr umfassenden gegenseitigen Offenbarung (*disclosure*) von mit dem Klagegegenstand in direktem oder indirektem Zusammenhang stehenden Informationen verpflichtet.<sup>15</sup>

Häufig werden in diesem Verfahrensabschnitt, der zwischen Erhebung (*filing*) der Klage und Verhandlung (*trial*) vor dem Richter und der Jury liegt, erst die notwendigen Informationen zusammengetragen, um eine Klage zu substantiieren und schlüssig zu machen.<sup>16</sup> Das US-amerikanische Zivilverfahrensrecht ist also ausgesprochen klägerfreundlich.

---

<sup>10</sup> Hanloser, e-discovery, Datenschutzrechtliche Probleme und Lösungen, DuD 2008, 785; Hess, Aktuelle Brennpunkte des transatlantischen Justizkonflikts, AG 2005, 897, 899; Schack, Internationales Zivilverfahrensrecht, 5. Auflage (2010), Rn. 818; ders., Einführung in das US-amerikanische Zivilprozessrecht, 4. Auflage (2011), 52; Stiefel/Petzinger, Deutsche Parallelprozesse zur Abwehr amerikanischer Beweiserhebungsverfahren?, RIW 1983, 242.

<sup>11</sup> Bei den *punitive damages* handelt es sich um ein materielrechtliches Institut, das aus der Entscheidungsbefugnis der Jury über die Höhe des Strafschadensersatzes resultiert.

<sup>12</sup> Friedman/Collins, The Law of Civil Procedure, 3. Auflage (2010), 556; Oakley/Amar, American Civil Procedure – A Guide to Civil Adjudication in U.S. Courts (2009), 206; Schack, Einführung in das US-amerikanische Zivilprozessrecht, 10 f.; Schütze, Klagen vor US-amerikanischen Gerichten – Probleme und Abwehrstrategien, RIW 2005, 579, 580.

<sup>13</sup> Diese liegen im Falle des Prozessenerfolgs zwischen 30 und 40 % der eingeklagten Summe, vgl. Oakley/Amar, American Civil Procedure, 207.

<sup>14</sup> Mössle, Extraterritoriale Beweisbeschaffung im Internationalen Wirtschaftsrecht (1990), 78.

<sup>15</sup> Vgl. Federal Rules of Civil Procedure (FRCP), Rules 26–37.

<sup>16</sup> Oakley/Amar, American Civil Procedure, 171; Reitz, Grundlegende Unterschiede zwischen dem deutschen und dem US-amerikanischen Zivilprozessrecht: Vorzüge, die sich ausschließen?, ZZZ 104 (1991), 381, 382 f.; Reufels, Pre-trial discovery-Maßnahmen